

Herbert Bassarak [Hrsg.]

Lexikon der
Schulsozialarbeit



Nomos

chen und geben dem Geschehen eine neue Richtung. Das gezielte Eingreifen in akute Problemlagen schützt die Beteiligten vor einer Selbst- und/oder Fremdgefährdung, die auf rechtlicher, physischer, psychischer und/oder materieller Ebene geschehen kann und je nach Intensität des Problems umfassende Folgen mit sich bringen. Das Eingreifen der sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist immer auf den Schutz der gefährdeten Personen ausgerichtet und wird durch Maßnahmen, die eine Schädigung verhindern sollen, verfolgt. Im Eingreifen und Anwenden von Maßnahmen wird ein Zwang ausgeübt, der in das Selbstbestimmungsrecht eines am Problem Beteiligten eingreift. Ohne dies kann von einer I. nicht gesprochen werden. An einer weitergehenden I. werden ggf. weitere externe Partner hinzugezogen; je nach Problemlage sind dies neben den Erziehungsberechtigten sowie institutionellen Betreuungspersonen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Polizei, der Jugendhilfe, → Beratungsstellen u.a.

In der Zusammenfassung wird deutlich, dass I. in der Anwendung und Ausrichtung die Schülerinnen und Schüler erheblich bei der Lebensbewältigung unterstützen, die soziale → Integration im Fokus haben und einer Ausgrenzung aus der Klassengemeinschaft vorbeugen (vgl. Böhnisch 1992).

Christa Kirchhoff

Islamismus

1. Verständnis

Die → Religion Islam (dt. Hingabe, Unterwerfung) ist nicht mit I. und die Muslime, als Anhänger des Islam, sind nicht mit Islamisten, als Anhänger des I., zu verwechseln. Solche Fehlwahrnehmungen des Islam sind nicht lediglich auf islamophobe und islamfeindliche Gruppen begrenzt, sondern reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein (vgl. Zwick 2013). I. ist eine gegen Ende der 1920er-Jahre außerhalb des Islam entstandene Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Ideologien (vgl. Farschid 2014, 436). Trotz verschiedener Erscheinungsformen gilt I. als extremistisch bzw. verfassungsfeindlich, weil er die Werte euro-

päischer Verfassungsordnungen mehrheitlich ablehnt (vgl. ebd., 437), z.B. „Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – etwa die (...) Menschenrechte, die Volkssouveränität oder das Mehrparteienprinzip“ (ebd.). Der Verfassungsschutz verfolgt „nicht die Gesinnung Einzelner, sondern sog. politische Bestrebungen“ (ebd., 438), die darauf gerichtet sind, die „freiheitliche demokratische Grundordnung (...) zu gefährden“ (ebd., 439). Islamisten fordern z.B. einen ‚islamischen Staat‘, die ‚Scharia‘ anzuwenden, die auf Gleichberechtigung basierende Vorstellungen der Rolle der Frau abzuschaffen oder religiöse und politische Minderheiten zu bekämpfen (vgl. ebd., 442). Diese politischen Forderungen des I. werden vermeintlich religiös, tatsächlich aber oft politisch, begründet.

Es gibt zwei Hauptgruppen: nicht-gewaltorientierte Islamisten und → gewaltorientierte Islamisten, die regional agieren und überregional ausgerichtete Gruppen sowie internationale Terrornetzwerke (z.B. al-Qaida) bilden (vgl. ebd.).

2. Wer wird angesprochen?

Unter islamistischen Terroristen, die z.B. nach Syrien ziehen, sind nicht nur perspektivlose, benachteiligte junge Menschen, sondern auch junge Deutsche ohne Migrationshintergrund, die zum Islam konvertierten und Ansichten des → Salafismus vertreten (vgl. Heerlein 2014). Es handelt sich also um ein schichtübergreifendes Jugendphänomen, das unabhängig von Herkunft, Glaube und Geschlecht ist. Der I. bedient sich ähnlicher Rekrutierungs- und Radikalisierungsmethoden wie religiöse Sekten (vgl. Böckler/Zwick 2015, 105 f.).

3. Perspektiven für die Arbeit mit radikalisierten islamistischen Jugendlichen

Es können allgemeine pädagogische Herausforderungen (vgl. Edler 2015 und Ufuq e.V. 2016) im Blick auf Handlungsimpulse für die Schulsozialarbeit im Umgang mit radikalisierten Islamisten konkretisiert werden. Eine Reflexion dieser Hinweise vor der Umsetzung ist ebenso notwendig wie eine generelle Radikalisierungsprävention → Salafis-

mus. Oft sind Schulen der Ort, an dem radikalisierte junge Menschen erstmals auffallen und es zu → Konflikten kommt.

- → Vertrauen aufbauen: Sich bspw. gegen islamfeindliche Äußerungen von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen einsetzen, da eine solche Entwertung und Erniedrigung zur Radikalisierung beitragen kann.
- Radikale Aussagen potenzieller Islamisten einordnen: Nicht jede radikale Äußerung lässt auf → gewaltbereiten I. schließen, denn manche junge Menschen wollen lediglich provozieren, das Anderssein oder ein Machogehabe zur Schau stellen. Radikalisierungen lassen sich oft an einer bestimmten Rhetorik erkennen (z.B. aggressives Zitieren des Koran, Missionieren, religiöses Mobbing), an antisemitischen und antidemokratischen Äußerungen sowie abfälligen Aussagen über die Rolle der Frau. Auch der Besuch einschlägiger Internetseiten kann auf religiös begründete Radikalisierung hinweisen.
- Grenzen setzen: Bei radikalen, → demokratie- und freiheitsfeindlichen Äußerungen nicht weghören, sondern einschreiten, aber ohne abzuwerten oder auszugrenzen, z.B. „Was Du gerade gesagt hast, geht gar nicht! Dennoch bist Du als Mensch wertvoll!“ Wichtig ist, dass man beim Ziehen von Grenzen nicht vergisst, dass man an bestimmten Punkten auch tolerant ist. Falls es aber notwendig erscheint, z.B. wenn Mitschülerinnen bzw. Mitschüler bedroht werden, das → Jugendamt und den Verfassungsschutz einschalten.
- Nichtextremistische, religiöse Einstellungen akzeptieren: Zwischen Frömmigkeit bzw. → Religiosität und radikalem I. unterscheiden, sich Wissen über den Islam aneignen. Religiös motivierte Haltungen junger Menschen wahrnehmen und als Teil ihrer → Identität wertschätzen, auch wenn sie persönlich nicht geteilt werden. Häufig sind religiöse Interessen der Einstieg in ein Gespräch.

- Gespräche führen: Den Raum bieten, um mit muslimischen jungen Menschen über ihre Vorstellungen von → Religion, gesellschaftliche sowie kulturelle Zugehörigkeit und Identität zu sprechen. Diese können in allgemeine politische und ethische Werte übersetzt werden. Gesprächsanlässe können z.B. Terroranschläge, aber auch verweigerter Schweigeminuten für die Opfer sein. Möglichst die → Emotionalität junger Menschen ansprechen und aufgreifen. In Kontakt bleiben, Gegenargumente zu → gewaltbereiter Koranlegung finden.
- Werte vermitteln: Demokratische Grundwerte, Menschenrechte, Achtung und Wertschätzung verbal, aber auch non-verbal vermitteln. Sich mit islamischen und islamistischen Sichtweisen auseinandersetzen, damit sich die jungen Menschen selbst eine Meinung bilden und nicht einfach der Propaganda des I. folgen.
- Halt und Orientierung geben: Die jugendspezifische Suche nach Halt und Orientierung beachten, sinnstiftende, attraktive Angebote machen. Biographische Brüche, wie Trennung der Eltern, Verlust des Vaters, thematisieren und die Herkunftsfamilie bzw. das soziale Umfeld stärken, damit diese den/die islamistische/n Jugendliche/n auffangen und nicht nur bestrafen.

Insgesamt sind die Radikalisierungsprozesse vielschichtig und nichtlinear. Am besten erreicht man jene jungen Menschen, die in der Radikalisierung noch nicht so fortgeschritten sind.

Manfred Riegger

Islamismus und Schule

Islamismus (I.), auch in seiner → gewaltbereiten Form, ist ein an deutschen Schulen mittlerweile alltägliches Phänomen. Der Verfassungsschutzbericht 2015 benennt die Zahl von 780 Personen, die als Dschihad-Kämpfer in den Islamischen Staat (IS) ausgereist sind (vgl. BMI 2015, 161). Nach Auskunft des LKA BW (telefonische Auskunft am 19.1.2016) gab es in je-